

V0554/12

öffentlich



SPD Stadtratsfraktion, Unterer Graben 83-87, 85049 Ingolstadt

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Alfred Lehmann

Datum 14.11.2012

Telefon (0841) 3 40 06

Telefax (0841) 3 42 25

E-Mail verena.roedl@ingolstadt.de

Gremium	Sitzung am
Finanz- und Personalausschuss	15.11.2012
Stadtrat	06.12.2012

Haushalt 2013

-Änderungsanträge der SPD-Stadtratsfraktion-

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

zum Haushalt 2013 stellen wir folgende Änderungsanträge:

1. Unter Haushaltsstelle 880000932000 werden zum Erwerb der sog. Röss-Villa zusätzlich 1,2 Millionen Euro bereitgestellt
2. Unter Gliederungsnummer 5990300 wird ein neuer Titel „Donaubad“ geschaffen. Im Haushalt 2013 werden hierfür 50000 € Planungskosten bereitgestellt, in 2014 500000 € für die Errichtung des Bades.
3. Unter Nummer 8 wird eine neue Haushaltsstelle „Förderung des kommunalen sozialen Wohnungsbaus“ geschaffen und darin 2013 5 Millionen € bereitgestellt, die der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft analog der Förderung durch den Freistaat Bayern als langfristiges Darlehen für den Bau eines zusätzlichen Wohnungsbauprojekts (ca. 50 Wohnungen) ausgereicht werden.
4. In der Haushaltssatzung wird der Hebesatz für die Grundsteuer B von 460 auf 400 Punkte reduziert.
5. Im Stellenplan wird beim Gesundheitsamt die Stelle eines Hygienekontrolleurs neu geschaffen.

Deckungsvorschlag: Die Mehrkosten im Haushalt 2013 in Höhe von 11,3 Millionen Euro sowie im Investitionsprogramm für 2014 werden aus der Rücklage finanziert.

Begründung:

Die überaus erfreuliche Entwicklung bei den Steuereinnahmen der letzten Jahre hat die Stadt in die Lage versetzt, Rücklagen von ca. 300 Millionen Euro zum Ende dieses Jahres zu bilden. Dies ändert zwar nichts daran, dass auch weiterhin die Grundsätze einer sparsamen Haushaltsführung beachtet werden müssen, versetzt den Stadtrat aber gleichwohl in die Lage, auf aktuelle Entwicklungen wie den Wohnraummangel zu reagieren.

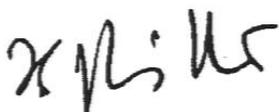
Zu 1. Durch die Niederlage der Stadt vor dem Verwaltungsgericht im Zusammenhang mit der verweigerten Abbruch- und Baugenehmigung für die Röss-Villa und den Verzicht auf die Berufung ist in diesem Bereich des Glacis eine unerwünschte Entwicklung möglich geworden. Das unter Denkmalschutz stehende Gebäude und der Charakter des Glacis an dieser Stelle können deshalb am besten dadurch erhalten bzw. bewahrt werden, dass die Stadt das Anwesen erwirbt. Ein Antrag der SPD-Stadtratsfraktion hierzu ist anhängig. Dazu gehört selbstverständlich auch, dass das Gebäude einer sinnvollen Nutzung zugeführt wird.

Zu 2. Lange Jahre ist die Donau unter anderem in ihrem Wert für die Naherholung der Menschen arg vernachlässigt worden. Die SPD-Fraktion hat bereits im vergangenen Jahr einen Vorstoß für die Errichtung eines Donaubades unternommen. Inzwischen liegen Informationen über mehrere positive Beispiele für die Gestaltung eines solchen Bades vor, so dass 2013 mindestens mit der Planung begonnen werden kann.

3. Der Wohnraummangel in Ingolstadt – insbesondere im Bereich des sozialen Wohnungsbaus und für kinderreiche Familien – nimmt zu. Wir verkennen nicht, dass die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mit dem Bau von 580 Wohnungen (70 % öffentlich gefördert) in den nächsten fünf Jahren erhebliche Anstrengungen zur Beseitigung des Mangels unternimmt. Angesichts des Bedarfs an Wohnungen von jährlich rund 1000 reicht das allerdings nicht aus. Es werden zwar in etwa so viele Baugenehmigungen pro Jahr erteilt, die meisten allerdings für Einfamilienhäuser, Bauträgerprojekte oder frei finanzierte Wohnungen.

4. In Zeiten weg brechender Steuereinnahmen hat der Stadtrat den Hebesatz für die Grundsteuer B auf 460 Punkte erhöht. Wenn sich seit dieser Zeit allein die Gewerbesteuererinnahmen versiebenfacht haben, ist es an der Zeit, die Bürger an dieser Entwicklung teilhaben zu lassen. Genauso wie es richtig war, in Zeiten knapper Kassen einerseits zu sparen, andererseits die Grundsteuer zu erhöhen, ist es jetzt angesichts geradezu explodierender Einnahmen an der Zeit, den Bürgern etwas zurückzugeben. Davon würden nicht nur die Grundstücksbesitzer etwas haben, sondern auch Häuslebauer und Mieter.

5. Die Beschäftigten des Gesundheitsamtes sehen sich zunehmend extremen Belastungen ausgesetzt. Im Bereich der Hygienekontrolle kommt hinzu, dass durch Änderungen der Trinkwasserverordnung, die neue medizinische Hygieneverordnung und rasant sich ausbreitende resistente Keime der Arbeitsanfall in diesem Bereich immer größer wird.



Achim Werner, MdL
Fraktionsvorsitzender